

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Röntgenstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgepalte Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Vom vaterländischen Hilfsdienst

Zur Durchführung des Gesetzes sowie zur Erledigung von Beschwerden dienen die Ausschüsse.

Diese steht das Gesetz im § 4 Abs. 2, im § 7 Abs. 2 und § 9 Abs. 2 vor. Je nach ihren Aufgaben sind diese Ausschüsse verschieden zusammengesetzt und bezeichnet. Der im § 4 Abs. 2 erwähnte Ausschuss hat die Aufgabe, darüber zu entscheiden, ob ein Betrieb, Beruf oder eine Organisation für den vaterländischen Hilfsdienst Bedeutung hat, und ob und in welchem Umfang die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt. Er führt den Namen Feststellungsausschuss. Der zweite Ausschuss nach § 7 Abs. 2 führt die Bezeichnung Einberufungsausschuss und hat die Aufgabe, Hilfsdienstpflichtige zur Annahme einer dem § 2 entsprechenden Beschäftigung aufzufordern oder, wenn das ohne Erfolg ist, solcher Beschäftigung zuzuwenden. Der dritte und wohl am meisten in Anspruch genommene Ausschuss ist der Schlichtungsausschuss nach § 9 Abs. 2. Er hat die Befugnis, über Verweigerung des Abhefrens zu entscheiden und empfiehlt den vorgelegten Kriegsausschüssen oder Schiedshöfen.

Der Aufbau der Ausschüsse

Ist verschieden. Der einfachste ist der Schlichtungsausschuss. Er ist paritätisch zusammengesetzt aus drei Vertretern der Unternehmer und drei Vertretern der Arbeiter und einem von ihnen unabhängigen Vorsitzenden. Alle Mitglieder des Ausschusses werden vom Kriegsausschuss ernannt. Die beiden anderen Ausschüsse stimmen darin überein, daß in ihnen je zwei Vertreter der Unternehmer und Arbeiter neben einem Offizier als Vorsitzenden vom Kriegsausschuss ernannt werden; daneben aber werden von der Landesregierung oder der von ihr bestimmten Behörde in den Einberufungsausschüssen ein, in den Feststellungsausschüssen zwei höherer Staatsbeamte ernannt. Von den letzteren muß einer der Gewerbeaufsicht angehören, während der andere Staatsbeamte dem Bundesstaat entnommen werden soll, in dem der Betrieb liegt.

Das Verfahren vor den Ausschüssen

Ist in den wesentlichsten Punkten übereinstimmend folgendes: Der Vorsitzende bereitet das Verfahren vor, daß dem Ausschuss eine schnelle Entscheidung möglich ist. Er kann Ermittlungen jeder Art anstellen, besonders amtliche Auskünfte, schriftliche Erklärungen und Sachverständigenurteile einholen; die Vorlegung von Geschäftsbüchern und sonstigen Urkunden anordnen; Zeugen und Sachverständige vor den Ausschuss laden oder durch die ersuchte Behörde unweidlich vernehmen lassen. (§ 12 Verfahrens-Anweisung.) Eine mündliche Verhandlung ist nicht unbedingt vorgeschrieben. Der Vorsitzende kann sie anordnen; hat er davon Abstand genommen, so kann sie der Ausschuss mit Zweidrittel-Mehrheit beschließen. Auf solchen Beschluß hin hat sie stattzufinden. (§ 14 Verf.-Anw.) Ist mündliche Verhandlung angeordnet, so können Entscheidungen ergehen, wenn die zu der Verhandlung Geladenen nicht erscheinen. (§ 15 Verf.-Anw.) Dies gilt sowohl für die Parteien, wie für Zeugen und Sachverständige. Zeugen und Sachverständige können von den Ausschüssen unbeeidigt vernommen werden, nötigenfalls kann auch eidliche Vernehmung durch das Amtsgericht erfolgen. (§ 17 Verf.-Anw.) Zeugen, Sachverständige (§ 20 Verf.-Anw.), sowie der Vorsitzende und die Mitglieder des Ausschusses (§ 7 Verf.-Anw.) können wegen Befangenheit abgelehnt werden. Über die Ablehnung selbst entscheidet der Ausschuss mit Stimmenmehrheit nach Anhören des Betroffenen. Bei Stimmengleichheit, die nur bei Entscheidung über Ablehnung eines Mitgliedes des Ausschusses entstehen kann, gilt der Betroffene als abgelehnt, es ist dann sein Stellvertreter hinzuzuziehen. (§ 7 Verf.-Anw.) Beteiligte können sich in jeder Lage des Verfahrens eines Beistandes und, sofern nicht ihr persönliches Erscheinen angeordnet ist, eines mündlichen Vollmachten versehenen Vertreters bedienen. Beide können nur auf Beschluß des Ausschusses zurückgewiesen werden, wenn sie das Verfahren durch unächliches Verhalten übermäßig erschweren. (§ 22 Verf.-Anw.)

Neben diesen für alle Ausschüsse geltenden Bestimmungen über das Verfahren sind noch für jeden Ausschuss besondere vorhanden. Die Möglichkeit der

Ablehnung des Vorsitzenden und der Mitglieder des Ausschusses

wegen des Verdachts der Befangenheit darf nicht etwa dazu führen, daß eine Partei die Ausschussmitglieder der anderen Partei ablehnt. Ganz abgesehen davon, daß in solchen Fällen die eine Partei in der Ausschuss die Entscheidung hat, eine solche Ablehnung zu einer ganz unliebsamen Verschleppung führen kann. Daß die Mitglieder zu ihrer Partei halten, ergibt sich ohne weiteres aus ihrer Zugehörigkeit zu der gleichen Gesellschaft. Daß hat der Gesetzgeber gewußt und auch gewollt. Die Ausschussmitglieder sollen als Richter vom sachlichen Standpunkt ihrer Partei aus die Dinge beurteilen. Das darf sie freilich nicht verleiten, den Standpunkt der anderen Partei vollständig unbeachtet zu lassen. Sie sollen die Wahrheit zu schäpfen suchen auch aus den Aussagen des Gegners. Anders ist die Stellung des Vorsitzenden. Er soll über den Parteien stehen und nur auf Grund der aus der Verhandlung gewonnenen Anschauung und Überzeugung in erster Linie zwischen den Vertretern (Beisitzern) im Ausschuss vermitteln. Er soll nur im äußersten Falle, wenn seine Bemühungen zur Ermittlung erfolglos bleiben, entscheiden. Das verpflichtet ihn zu größter Sachlichkeit und Zurückhaltung. Was bei dem Personentriebe der Parteien mit voller Wichtigkeit entnommenen Ausschussvertretern der Unternehmer und Arbeiter als selbstverständlich vorausgesetzt werden muß, ist beim Vorsitzenden in den meisten Fällen schon Befangenheit und rechtfertigt seine Ablehnung. Daher wird von dem Ablehnungsrecht der

streitenden Parteien wohl fast nur gegen den Vorsitzenden Gebrauch gemacht werden. Das darf auf Seite der Arbeiter aber nur dann geschehen, wenn man auf Grund der Beobachtung zu der Überzeugung kommt oder gar kommen muß, daß der Vorsitzende ohne Voreingenommenheit überhaupt nicht an seine Aufgabe herantreten will oder kann. Solchen Grund haben Vorsitzende schon nie und da gegeben, indem sie teils den Anschauungen einflussreicher Unternehmergruppen Rechnung getragen oder an solchen Geist atemende Erlasse von Kriegsausschüssen sich streng gehalten haben. Ein Vorsitzender, der solchen Anfechtungen unterliegt, bietet natürlich keine Gewähr, daß er in allen anderen Fällen

Waterlands- und Unternehmerinteressen

auseinander zu halten weiß, er dürfte deshalb nach Erkennung seiner Stellung mit gutem Grunde abgelehnt werden können. Daß Unternehmerinteressen mit vaterländischen zusammenfallen können, wird kein Mensch bestreiten wollen. Das kann genau so sein, wie es auch im vaterländischen Interesse liegen kann, daß einer oder mehrere Arbeiter den Abhefren erhalten. Daß aber die Unternehmer in diesem Punkte weniger „sündig“ sein sollen als ihre Arbeiter, ist eine Annahme, die ihre Erklärung in der größeren wirtschaftlichen Macht der ersteren und in der jetzigen sehr starken Abhängigkeit der ganzen Kriegswirtschaft von ihnen findet. Da aber die Ausschüsse, sowohl Vorsitzende wie Beisitzer, als unabhängige Richter nach freiem Ermessen entscheiden sollen, können und dürfen solche Machtunterschiede auch bei ihrer Stellungnahme keinerlei Rolle spielen. Hierbei entsteht die weitere Frage, wie weit darf die

Beeinflussung der Ausschussmitglieder durch den Vorsitzenden

gehen? Eine Beeinflussung, die über eine bloße Belehrung oder Zusammenfassung des Sachverhalts oder Verhandlungsganges hinausgeht, ist unzulässig. Gewiß darf der Vorsitzende nach Abtreten der streitenden Parteien auch seine Meinung zu dem Streit sagen, er muß aber auch den Beisitzern die Möglichkeit geben, sich gegen diese Meinung zu wenden und ihre Meinung dazu zu äußern. Selbstverständlich bezweckt jede Meinungsäußerung, auch die des Vorsitzenden, in einem beratenden Kollegium eine Beeinflussung der anderen zugunsten dieser Meinung. Eine solche beabsichtigte Beeinflussung ist aber solange nicht unzulässig, wie die Möglichkeit hierzu jedem Mitgliede eines Ausschusses in gleicher Weise gegeben ist. Unzulässig ist dagegen auf alle Fälle die Beeinflussung einzelner Mitglieder durch den Vorsitzenden außerhalb der Beratungen oder hinter dem Rücken der übrigen Ausschussmitglieder. Ähnlich der Stellung des Vorsitzenden ist die der Sachverständigen und der Zeugen. Ihre Befindungen sind von ausschlaggebender Bedeutung für den Ausgang eines Streites und müssen unabhängig von den streitenden Parteien und ohne Rücksicht auf eine von ihnen abgegeben werden. Da bei Urteilen über ihre Ablehnung alle Mitglieder des Ausschusses mitwirken, dürfte Stimmengleichheit kaum entstehen, während sie bei Entscheidung über ihn selbst wegfällt und er nach der Verfahrens-Anweisung bei Stimmengleichheit als abgelehnt zu betrachten ist. Ein sehr wichtiges Recht gibt den streitenden Parteien die Verfahrens-Anweisung in der

Zulassung von Beisitzern oder Vertretern

ohne irgend welche Begrenzung ihres sonstigen Betätigungsbereiches. Zugelassen müssen hiernach werden als Beisitzer oder Vertreter Arbeiter- und Gewerkschaftsfunktionäre, Rechtsanwälte oder sonstige Rechtsbeistände und jedermann, der das Vertrauen seiner Partei genießt und von dieser dazu bestimmt wird. Ein Vertreter soll nur einen Beschwerdeführer oder seinen Gegner in seiner Abwesenheit vertreten können, wozu es einer besonderen schriftlichen Vollmacht bedarf. Ein Beisitzer kann aber in jedem Falle hinzugezogen werden, auch wenn ein Vertreter für den abwesenden Beschwerdeführer oder seinen Gegner bestellt ist. Eine Zurückweisung solcher Beisitzer kann nur erfolgen, wenn sie die Verhandlungen durch unächliches Verhalten übermäßig erschweren. Ein unächliches Verhalten allein genügt nicht zur Abweisung, sondern es muß dazwischen liegen, daß eine übermäßige Erschwerung des Verfahrens eintritt, nicht etwa nur befürchtet wird. Damit ist etwaiger Unbeholfenheit der Laienvertreter und Beisitzer sicherlich genügend Rechnung getragen, während andererseits in solchen Dingen erfahrenen Personen zweifellos die Möglichkeit, einer glatten Abwicklung des Verfahrens allerlei Hindernisse zu bereiten, wesentlich vergrößert worden ist. Diese Möglichkeit dürfte aber nicht wesentlich ins Gewicht fallen, weil auch den streitenden Parteien in den meisten Fällen mit schnellen Entscheidungen gedient sein dürfte.

Neben diesen allgemein für alle Ausschüsse bestehenden Verfahrens-Bestimmungen bestehen noch für die einzelnen Ausschüsse besondere. Hier von sind einigen Ausschüssen auch wieder einige gemeinsame, so die Bestimmung, daß vor dem

Feststellungs- und Einberufungsausschuss

das Verfahren nicht öffentlich ist, daß die Entscheidungen schriftlich auszufertigen und daß Beschwerden gegen ihre Entscheidungen schriftlich beim Vorsitzenden des Ausschusses anzubringen sind, gegen dessen Entscheidung sich die Beschwerde richtet. Der Ausschuss braucht die Beschwerde nicht unbedingt weiterzugeben, sondern er kann ihr auf Grund weiterer Ermittlungen abhelfen. Will er das nicht, so muß er sie weitergeben, und es sind für diese beiden Ausschüsse

Berufungs- oder Beschwerdestellen

vorgesehen. Als solche kommt für Entscheidungen des Feststellungsausschusses eine beim Kriegsausschuss in Berlin niedergesetzte Zentralfstelle in Betracht. Diese besteht aus zwei Offizieren des Kriegsausschusses, zwei vom Reichsausschuss ernannten Beamten und einem

von der Zentralbehörde des Bundesstaats, zu dem der Betrieb, die Organisation oder der Berufsausübende gehört, ernannten Beamten, und je einem Unternehmer- und Arbeitervertreter. Kommen Marineangelegenheiten in Betracht, so tritt an Stelle des einen der vom Kriegsausschuss zu ernennenden Offiziere ein Offizier des Reichsmarinenausschusses und bei Beschwerden gegen bayerische, sächsische und württembergische Ausschüsse ein Offizier aus einem der Kriegsministerien der genannten Bundesstaaten. Einer der Offiziere führt den Vorsitz. Der Feststellungsausschuss ist ebenfalls Beschwerdestelle gegen Entscheidungen des Einberufungsausschusses. Die Beschwerden haben aber keine aufschiebende Wirkung. Jemand, der auf Grund der Entscheidung des Ausschusses nach § 7 des Gesetzes einer Beschäftigung überwiesen worden ist, kann sich zwar gegen diese Überweisung beschweren, muß aber den Überweisungsbefehl zunächst ausführen auch dann, wenn die Überweisung irrtümlich erfolgt ist. Da gegen Entscheidungen nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes die Zentralfstelle angerufen werden kann, der Ausschuss nach § 4 Abs. 2 aber auch Beschwerdestelle für Entscheidungen der Einberufungsausschüsse ist, kann es zweifelhaft erscheinen, ob die Zentralfstelle gleichsam die zweite und letzte Beschwerdestelle bei Entscheidungen der Einberufungsausschüsse ist. Aus dem Gesetz ergibt sich das nicht, anzunehmen ist aber, daß der Gesetzgeber im allgemeinen nicht mehr als eine Berufungsstelle hat schaffen wollen, daß die Zentralfstelle einzige Beschwerdestelle bei Entscheidungen der Feststellungsausschüsse, und die letzteren einzige Beschwerdestellen gegen die Entscheidungen der Einberufungsausschüsse sind. Im einzelnen Falle wird es aber davon abhängen, ob sich die Zentralfstelle für Entscheidungen der Einberufungsausschüsse für zuständig betrachtet oder nicht. Da Beschwerden gegen die Entscheidungen der letzteren keine aufschiebende Wirkung haben, wird ein Nachteil durch Hinauszögerung einer endgültigen Entscheidung für die Kriegswirtschaft nicht zu befürchten sein. Abweichend von dem Verfahren von den beiden genannten Ausschüssen ist das vor dem

Schlichtungsausschuss

Während bei den vorher genannten Ausschüssen die Anberaumung einer Verhandlung nach dem Stand der Geschäfte erfolgen kann, muß der Vorsitzende die Beschwerde innerhalb einer Woche vor dem Ausschuss bringen, wenn nicht vorher eine Verständigung zwischen den Parteien stattgefunden hat oder die Beschwerde zurückgezogen worden ist. Eine Verhandlung muß nicht in jedem Falle stattfinden, der Vorsitzende kann sehr wohl die Parteien ohne Verhandlung zu einer Verständigung veranlassen und, wenn sie ihm gelingt, einen Beschwerdefall allein erledigen. Nur beim Vorschlagen seiner Bemühungen hat er die Sache dem Ausschuss vorzulegen und diesen zu einer Sitzung zusammenzurufen. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss sind in der Regel öffentlich. Anschließung der Öffentlichkeit ist nur durch Beschluß des Ausschusses oder durch Anordnung des Kriegsausschusses möglich. Letztere Anordnung ist allgemein und erfolgt im Interesse der Landesverteidigung. Die Entscheidungen des Schlichtungsausschusses sollen, soweit sie auf mündliche Verhandlung hin ergehen, im Termin verkündet werden, eine schriftliche Ausfertigung findet nur statt, wenn sie von einem der Beteiligten beantragt wird oder der Ausschuss sie für erforderlich hält. Eine solche Ausfertigung zu beantragen empfiehlt sich in all den Fällen, wo der andere Beteiligte unrichtige Auslegung der Entscheidung befürchten läßt, oder die Entscheidung mehrere Bedingungen aufweist, von deren Nichterfüllung die Verständigung eines Abhefrens abhängt. In allen Fällen, wo es sich nicht um einfache Entscheidungen der Frage, ob der Abhefren erteilt wird oder nicht, handelt, vergewissere man sich, ob auch der andere Beteiligte die Entscheidung sinngemäß verstanden hat, und beantrage, wenn dies nicht der Fall ist, schriftliche Ausfertigung. Die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse sind endgültig, ihre Anfechtung durch Beschwerde beim Kriegsausschuss ist unzulässig. Beschwerde ist nur angängig gegen das Verfahren selbst, sobald Verstöße gegen die Verfahrens-Anweisung vorliegen. Da man aber auf solche schon während der Verhandlung oder der daran anschließenden Beratung des Ausschusses aufmerksam machen kann, kann auch jedes Ausschussmitglied eine solche Anfechtung im Interesse des künftigen Arbeitens der Ausschüsse selbst verhindern helfen.

Ein allgemein unter den Arbeitervertretern in den Ausschüssen verbreiteter Irrtum ist der, daß die

Berichterstattung an die Presse

über die Ausschussverhandlungen vollkommen frei sei. Das ist nur dann der Fall, wenn die Verhandlungen öffentlich sind, also nur vor den Schlichtungsausschüssen, falls nicht gegenteilige Beschlüsse dieser selbst oder Anordnungen des Kriegsausschusses vorliegen. Zu öffentlichen Verhandlungen können auch Pressevertreter zugelassen werden. Da Pressevertreter bei Ausschluß der Öffentlichkeit nicht zugelassen sind, kann eine Berichterstattung höchstens durch den Ausschuss selbst oder durch eines seiner Mitglieder stattfinden. In jedem Ausschuss werden Fälle zur Entscheidung stehen, deren Besprechung in der Öffentlichkeit belehrend wirken kann. Unzulässig ist es aber, wenn ein Vorsitzender auf Grund der in der Bundesratsverordnung den Mitgliedern im Ausschuss auferlegten Schweigepflicht diesen jede schriftliche Ausfertigung über die Verhandlungen verbietet. Selbstverständlich kann sich ein Ausschussmitglied darüber beim Kriegsausschuss beschweren, noch besser aber und schneller wirkt hier die Selbsthilfe, indem man den Vorsitzenden auf das Ungehörige seines Verhaltens hinweist und seine Anordnung unbeachtet läßt. Will der Vorsitzende sich dann über den betreffenden Vertreter beschweren, so mag er es tun, sich aber stets vergegenwärtigen, daß selbst Geschworenen bei nichtöffentlichen Verhandlungen vor Schwurgerichten derartige Aufzeichnungen gestattet sind, sogar von Amts wegen der Schreibbedarf dazu geliefert wird. Alexander Schlicke.

Gewerkschaftliche Forderungen zum Friedensvertrag

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission bringt in seiner Nr. 21 vom 26. Mai unter dieser Überschrift drei Schriftstücke, von denen man nur wünschen kann, daß sie die ihnen zukommende Beachtung finden. Leider fehlt es uns an Raum, daß wir sie sämtlich im vollen Wortlaut abdrucken können. Wir müssen uns beschränken darauf beschränken, aus zwei der Rundgebungen nur anzugeben, was zur Kenntnis des Sachverhalts unbedingt nötig ist. Wer sich ausführlicher zu unterrichten wünscht, der muß auf das Korrespondenzblatt verweisen.

Im Juni 1916 wurde bei Gelegenheit des britischen Gewerkschaftskongresses in Leeds eine internationale Gewerkschaftskonferenz für die Entente-Länder abgehalten, die den Zweck hatte, Arbeitsfragen zu behandeln, die als „die Arbeiterklauseln“ in den Friedensvertrag aufgenommen werden sollten. Diese Forderungen wurden zu Zeitfragen zusammengefaßt, die man in der Hauptsache als durchaus richtig anerkennen muß, wenn man auch in einzelnen Punkten anderer Meinung sein kann. Zum Beispiel enthalten die Forderungen unter anderem auch Forderungen, die in einzelnen Ländern schon überholt sind, deren Verwirklichung in der vorgeschlagenen Form für die betreffenden Länder die Gefahr eines Rückschrittes in sich birgt. Auf der genannten internationalen Konferenz in Leeds wurde ferner eine sogenannte provisorische Korrespondenzzentrale eingesetzt, die die Aufgabe zugewiesen erhielt, für die Gewerkschaften der Entente-Länder die Geschäfte weiterzuführen, die bis zum Ausbruch des Krieges dem internationalen Gewerkschaftsföderation obgelegen hatten, dessen Leiter Genosse Legien ist. Bekanntlich erhob sich im Jahre 1915 in Frankreich und England die Forderung, das internationale Sekretariat solle in ein neutrales Land verlegt und von Angehörigen eines neutralen Landes weitergeführt werden. Selbstverständlich ließ sich diese Forderung nicht verwirklichen, da dazu die Entscheidung sämtlicher gewerkschaftlicher Landeszentralen notwendig ist. Um aber den Gewerkschaften in den Ländern unserer Kriegsgegner entgegenzukommen, richtete die Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam eine Zweigstelle ein. Diese Zweigstelle bezieht nun auf den 8. Juni 1917 eine internationale Gewerkschaftskonferenz nach Stockholm ein. Der Konferenz, deren einziger Punkt der Tagesordnung „Gewerkschaftliche Forderungen zum Friedensvertrag“ ist, werden vom Internationalen Gewerkschaftsbund, dessen Präsident Legien ist, die folgenden Zeitfragen unterbreitet, die wir im vollen Wortlaut folgen lassen:

Friedensforderungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I. G. B.).

Die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Krieges machen mehr denn je die tatkräftige Förderung des Arbeiterschutzes in allen Ländern notwendig, um die Volkskraft wiederherzustellen und die Zukunft der Völker zu sichern. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß die soziale Reformarbeit in den fortgeschrittenen Ländern vor dem Kriege gelähmt wurde durch die Rückschläge der sozialen Einrichtungen in anderen Ländern. Die Vertreter der Industrie in den entgegengesetzten Ländern erheben gegen neue sozialpolitische Forderungen den Einwand, daß ihnen die Konzentration auf dem Weltmarkt erschwert werde durch die sozialpolitische Rückschläge anderer Länder, die nicht die gleichen sozialen Lasten zu tragen hätten. Dieser Einwand führt zu einem gemeinsamen Vorhaben der europäischen Regierungen in einigen, leider mit wenigen Fragen des Arbeiterschutzes. Es ist notwendig, aus den eingangs erwähnten Gründen, den Ausbau des internationalen Arbeiterschutzes in einem schnelleren Tempo zu betreiben.

Der Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beenden wird, ist der geeignete Ausgangspunkt für ein tatkräftiges Zusammenwirken der Völker auf dem Gebiete der sozialen Reform. Der Internationale Gewerkschaftsbund als Vertretung von rund 8 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter aller Länder richtet daher an die Regierungen der kriegführenden Völker das Ersuchen, der Arbeiterklasse in dem Friedensvertrage ein Mindestmaß von Schutz und Rechten zu sichern, das in allen Ländern durchgeführt werden muß. In den Friedensvertrag sind Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit, des Koalitionsrechts und zur Durchführung des Arbeiterschutzes entsprechend den nachstehenden Zeitfragen einzufügen:

I. Freizügigkeit

- a) Der Erlass von Auswanderungsverböten ist unzulässig.
- b) Der Erlass genereller Einwanderungsverböte ist unzulässig. Von dieser Bestimmung werden nicht berührt:
 1. Das Recht des Staates, in Zeiten wirtschaftlicher Depression zeitweilige Beschränkungen der Einwanderung zum Schutze sowohl der einheimischen als der wandernden fremden Arbeiter auszuüben;
 2. das Recht jedes Staates, zum Schutze seiner Volksgesundheit die Einwanderung zu kontrollieren und diese eventuell zeitweilig zu unterlagen;
 3. das Recht jedes Staates, zum Schutze seiner Volkssubstanz und zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes in den Betriebszweigen, in denen einwandernde Arbeiter vorwiegend beschäftigt werden, gewisse Mindestanforderungen an die Gesundheit des Einwanderers im Leben und Schreiben in seiner eigenen Muttersprache zu stellen.

- c) Die vertragsschließenden Staaten verpflichten sich, in ihre Gesetzgebung folgende Bestimmungen aufzunehmen, die die Auswertung von Kontraktarbeitern für das Ausland und die Tätigkeit gewerblicher Erklebener zum gleichen Zweck sowie die Zulassung von Kontraktarbeitern verbieten:
 - a) Die vertragsschließenden Staaten verpflichten sich, die Arbeitsverhältnisse auf Grundlage der öffentlich organisierten Arbeitsvermittlung auszuüben und durch eine internationale Zentralstelle in möglichst kurzen Zwischenräumen auszuüben, um die Arbeiter vor Zwang nach Ländern mit geringer Arbeitslosigkeit zu schützen. Diese Beschränkungen sind insbesondere den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zugänglich zu machen.

II. Koalitionsrecht

- a) Der Arbeiter ist in allen Ländern ein freies Koalitionsrecht zu gewahren. Gesetze und Verordnungen (Gesetzesänderungen, Koalitionsverbote usw.), welche einzelne Arbeitergruppen in eine Unterwerfung gegenüber anderen Arbeitergruppen bringen oder ihnen das Recht der Koalition und der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen verweigern, sind zu beseitigen. Einwandernde Arbeiter genießen die gleichen Rechte hinsichtlich Koalition und Vertretung in der gewerkschaftlichen Organisation, einschließlich des Streikrechts, wie die einheimischen Arbeiter.
- b) Die Einschränkung der Ausübung des Koalitionsrechts ist zu beseitigen.
- c) Der ausländische Arbeiter hat Anspruch auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die von der Gewerkschaftsorganisation mit den Arbeitgebern seines Berufs vereinbart sind. So lange diese Vereinbarungen nicht bestehen, gelten auch für den fremden Arbeiter die inländischen Löhne seines Berufs.

III. Sozialversicherung

- a) Jeder, der noch keine Versicherung gegen Krankheit, Altersschwäche, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit eingebracht haben, wird verpflichtet, diese in kurzer Zeit durchzuführen.
- b) Die einwandernden Arbeiter sind ohne Rücksicht auf die verschiedenen Völker ihrer Muttersprache in dem Lande, in dem sie arbeiten, zu versichern.

Rechte und Pflichten in allen Zweigen der Sozialversicherung den einheimischen Arbeitern gleichzustellen.

- c) Arbeiter, die zeitweilig außer Landes beschäftigt werden (sogen. Kontraktarbeitern usw.), sowie die Arbeiter in Transport-Unternehmen (Seefahrer usw.), die gewöhnlich im Gebiete mehrerer Staaten arbeiten, sind hinsichtlich der Versicherung den Gesetzen des Staates unterstellt, in dem das sie beschäftigende Unternehmen seinen Sitz hat.

- d) Alle die Sozialversicherung betreffenden Urkunden und Bescheinigungen werden unentgeltlich ausgestellt und sind von fiskalischen Abgaben befreit.

- e) Rentenberechtigte Arbeiter fremder Nationalität, die aus dem Lande verziehen, in dem ihr Rentenanspruch begründet ist, verlieren ihre Ansprüche nicht, falls der Heimatort die Gegenseitigkeit anerkennt. Die näheren Bestimmungen hierüber, wie auch die über die Auszahlung der Renten und die Regelung der Kontrolle dieser Rentenbezieher sind durch zwischenstaatliche Verträge zu treffen.

- f) In diesen Verträgen ist Bestimmung darüber zu treffen, ob Berufsanklagen den Berufsanklagen gleichgestellt sind.

- g) Die Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung eines Staates erlöschen mit dem Verlassen des Landes, in dem der Anspruch erworben wurde. Ob dem Anspruchsberechtigten eine Beihilfe zu den Reisekosten zu gewähren ist, muß vertraglich geregelt werden.

IV. Arbeitszeit

- a) Die tägliche Arbeitszeit darf für alle Arbeiter 10 Stunden nicht übersteigen. Die vertragsschließenden Staaten sind verpflichtet, gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, nach denen in bestimmten Wirtschaftszweigen eine Begrenzung der Dauer der täglichen Arbeitszeit in der Weise eintritt, daß nach Ablauf einer zu vereinbarenden Frist allgemein der gesetzliche achtstündige Arbeitstag erreicht ist.

- b) Die Arbeitszeit in Bergwerken, kontinuierlichen Betrieben und besonders gesundheitsgefährlichen Industrien ist auf ein Maximum von 8 Stunden täglich herabzusetzen.

- c) Die Nachtarbeit zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist gesetzlich zu verbieten für alle Betriebe, die nicht ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf die Nachtarbeit angewiesen sind. Die Arbeitszeit darf in den Betrieben, für die Nachtarbeit gestattet ist, 8 Stunden pro Schicht nicht übersteigen.

- d) Den Arbeitern ist generell wöchentlich eine zusammenhängende Ruhepause von mindestens 26 Stunden gesetzlich zu gewährleisten, die in die Zeit von Sonnabend bis Montag früh zu verlegen ist. Ausnahmen von dieser Sonntagsruhe dürfen nur gemacht werden für die Verrichtung von Arbeiten, die zur Wiederaufnahme des Betriebes am Montag erforderlich sind, wie für Betriebe, die aus technischen Gründen nicht unterbrochen werden können, und für jene Tätigkeit, die der Erhaltung und Bildung des Volkes am Sonntag dient. In allen diesen Fällen muß die 36stündige ununterbrochene Ruhepause an Wochentagen gewährt werden. Die Ausnahmen sind im Gesetz genau zu bezeichnen. In kontinuierlichen Betrieben sind zur Sicherung der wöchentlichen ununterbrochenen Ruhepause von 36 Stunden dieserbestimmungen einzulegen; die Schichtregelung ist so zu treffen, daß die Arbeiter abwechselnd mindestens jede dritte Woche den Sonntag frei haben.

- e) Die besonders gesundheitsgefährlichen Betriebe sind in jedem Lande im Verordnungswege oder durch Gesetz genau zu bezeichnen.

V. Hygiene

- a) Die vertragsschließenden Regierungen verpflichten sich, die Entwicklung der Gesetzgebung ihrer Länder zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter zu fördern. Insbesondere soll eine Vereinheitlichung der hygienischen Vorschriften für die einzelnen Industrien erstrebt und ein allgemeines gemeinsames Arbeiten gegen die industriellen Gifte und für das Verbot besonders gesundheitsgefährlicher Produktionsmethoden herbeigeführt werden.

- b) Die von der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz geführte Liste der industriellen Gifte ist bei der unter a) festgelegten gemeinsamen Arbeit auf dem Gebiete der Berufshygiene zu beachten. Von der Verwendung in industriellen oder gewerblichen Betrieben sind solche Gifte auszuschließen, die durch weniger gefährliche Stoffe ersetzt werden können.

- c) Für die unter IVe genannten Betriebe sind, je nach der Größe der mit den einzelnen Betriebszweigen verbundenen Berufsgefahr, besondere Vorschriften über die Höchstzahl der Arbeitszeit zu vereinbaren.

VI. Heimindustrie

- a) Alle Gesetze und Verordnungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind sinngemäß auf die Heimindustrie anzuwenden.
- b) Die Sozialversicherung ist auf die Heimindustrie auszudehnen.
- c) Die Heimarbeit ist zu verbieten:
 1. für alle Arbeiten, bei denen schwere Gesundheitsgefährdungen oder Vergiftungen vorkommen können;
 2. für die Lebens- und Genussmittelindustrie.
- d) Die obligatorische Anzeige aller ansteckenden Krankheiten ist für die Heimindustrie anzuordnen.
- e) Die ärztliche Inspektion der in der Heimindustrie tätigen Arbeiter ist analog der Schulinspektion in allen Ländern durchzuführen.
- f) Die obligatorische Disziplinierung und Disziplinierung sind für sämtliche Arbeiter und Hausmeister in der Heimindustrie, ebenso die Führung von Lohnbüchern für alle Arbeiter zu verordnen.
- g) In allen Heimindustriebezirken sind paritätisch zusammengesetzte Lokalkomitees zu errichten mit der Aufgabe, regelmäßig die Lohnsätze festzusetzen. Die Lohnsätze sind in den Arbeitsräumen auszuhängen.

VII. Kinderarbeit

- a) Kinder unter 15 Jahren ist jede Erwerbstätigkeit zu verbieten.
- b) Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren dürfen täglich höchstens 8 Stunden beschäftigt werden, mit einer 1½ stündigen Ruhepause nach höchstens vierstündiger ununterbrochener Arbeitszeit. Nacht- und Fortbildungsschulunterricht ist für männliche und weibliche Jugendliche einzurichten und in die Stunden von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends zu legen. Der Jugendliche muß die Zeit zum Besuch des Unterrichts freigegeben werden.
- c) Die Beschäftigung von Jugendlichen ist zu verbieten:
 - in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens;
 - an Sonn- und Feiertagen;
 - in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben (IVe);
 - in Bergwerken bei Arbeiten unter Tage.

VIII. Arbeiterinnen

- a) Die Arbeitszeit ist für alle Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten in der Groß- und Kleinindustrie, dem Gewerbe, Handel, Transport- und Verkehrswesen, sowie in der Heimindustrie auf 8 Stunden täglich und 44 Stunden wöchentlich zu begrenzen. Die Arbeitszeit nach Sonntagsruhe mittags um 12 Uhr abends, so daß den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 42 Stunden bis Montag morgen gewährt wird. Die Beschäftigung der Frauen in der Zeit von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist zu verbieten.
- b) Den Unternehmer ist zu verbieten, den Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten nach beendeter Arbeitszeit weitere Arbeit nach Hause mitzugeben.
- c) Die Beschäftigung von Frauen in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben (IVe) und in Bergwerken unter und über Tage ist generell zu verbieten.
- d) Der nach und nach ihrer Rückkehr dürfen Frauen im ganzen während 10 Wochen — nach der Rückkehr jedenfalls wenigstens 6 Wochen — nicht generell beschäftigt werden. Die Einführung der Koalitionsvereinbarung mit einer Mindestbeschränkung in der Höhe des gesetzlichen Mindestlohnes ist allen Staaten zur Pflicht zu machen.

IX. Durchführung des Arbeiterschutzes

- a) In allen Ländern ist eine wirksame Gewerbeaufsicht für Groß- und Kleinindustrie, Bergwerke, Gewerbe, Heimindustrie, Handel und Verkehr sowie für die Landwirtschaft, wenn in dieser maschineller Betrieb stattfindet, einzuführen und auszubauen.

- b) Die Beamten der Gewerbeaufsicht sind aus sachverständigen Kreisen, auch aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten zu entnehmen. Ihre Zahl muß so ausreichend sein, daß jeder Betrieb halbjährlich mindestens einmal revidiert werden kann; die Aufsichtsbeamten müssen mit dem Vollzugsrecht ausgestattet und unabhängig gestellt sein. Für die Aufsicht über die Durchführung der Vorschriften betreffend Frauenarbeit sind Frauen als Aufsichtsbeamte anzustellen.

- c) Die auf Grund des in allen Ländern den Arbeitern zu gewährenden freien Koalitionsrechtes (IIa) errichteten Gewerkschaftsorganisationen sind zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes heranzuziehen. Insbesondere sind die Gewerkschaften anzuhelfen, durch ihre Kommissionen, Sekretariate usw. den Gewerbeaufsichtsbeamten zur Hand zu gehen.

- d) Zur Sicherstellung der Durchführung des Arbeiterschutzes sind die Unternehmer von Betrieben mit mindestens fünf fremdsprachigen Arbeitern gesetzlich zu verpflichten, auf eigene Kosten und unter Kontrolle des öffentlichen Unterrichtswesens Unterrichtsklassen einzurichten, in denen die eingewanderten Arbeiter die Sprache des Landes erlernen.

- e) Die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz (I. G. B.) ist im Friedensvertrage ausdrücklich als Organ für die Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterschutzes anzuerkennen. Das von ihr unterhaltene Internationale Arbeitsamt hat alles sozialpolitische Material, wie Statistik, Sozialversicherungs- und Arbeiterschutzgesetze, wichtige Verordnungen usw. zu sammeln und in den drei Hauptsprachen bearbeitet, herauszugeben, die Durchführung der in den internationalen Verträgen festgelegten sozialpolitischen Vereinbarungen zu überwachen, in ständigem Verkehr mit den zentralen Arbeitsämtern beziehungsweise den Regierungsdepartements, denen die Aufgaben eines Arbeitsamtes zugeteilt sind, zu bleiben, auf Verlangen Gutachten über die verschiedenen Materien der sozialpolitischen Gesetzgebung auszuarbeiten, die Vorbereitung und Leitung von internationalen Erhebungen auf diesem Gebiete zu übernehmen und das Studium von allem zu betreiben, was auf die Entwicklung und die Anwendung der sozialpolitischen Gesetzgebung Bezug hat. Insbesondere hat das Internationale Arbeitsamt auch den schnellen Austausch der Arbeitsmarktstatistik zwischen den verschiedenen Ländern (Id) zu vermitteln.

- f) Dem Internationalen Gewerkschaftsbund ist eine Vertretung im Internationalen Arbeitsamt zu gewähren.

- g) Das Internationale Arbeitsamt beruft die periodisch zu veranstaltenden, von den Vertragsstaaten offiziell zu beschickenden internationalen Kongresse zur Förderung der Arbeiterschutz- und sozialpolitischen Gesetzgebung. Die vertragsschließenden Regierungen verpflichten sich, für die Durchführung der Beschlüsse dieser Kongresse einzutreten.

- h) Die Kosten für dieses Amt werden von den vertragsschließenden Staaten getragen.

Die vorstehenden Forderungen sind als Mindestmaß dessen anzusehen, was als internationaler Arbeiterschutz im Friedensvertrage festgelegt werden kann und werden muß. Alle kriegführenden Länder haben an Volkskraft so ungeheure Verluste erlitten, daß eine weite Haushaltung mit der ihnen noch verbleibenden allen eine unumgängliche Pflicht ist. Die Völker werden am schnellsten wieder gefunden können, die am tiefsten die Bedeutung der sozialen Reformarbeit nach dem Kriege erkennen und entschlossen sind, weitgehende Reformen schnellstens durchzuführen. Die Festlegung einer Reihe von solchen Verpflichtungen im Friedensvertrage soll die Bahn für diese Reformarbeit ebnen.

Eine Begründung der Forderungen in allen Einzelheiten ist nicht notwendig. Denn es handelt sich größtenteils um gesetzliche Bestimmungen, die in einzelnen Ländern schon durchgeführt wurden, nicht allgemein, aber doch eine in einem Lande, die andere in einem anderen Lande. Die praktische Durchführung ist also schon erprobt. Jetzt handelt es sich darum, international eine gewisse Einheitlichkeit der grundlegenden Bestimmungen des Arbeiterschutzes zur Anerkennung zu bringen.

Einige Worte wollen wir jedoch unserer Forderung eines freien Koalitionsrechtes der Arbeiter in allen Ländern widmen. Diese Frage ist nur scheinbar eine solche der inneren Politik der einzelnen Länder. Wenn aber von Arbeiterschutz die Rede ist, dann steht das Koalitionsrecht neben dem Recht auf Freizügigkeit an erster Stelle. Die besten sozialpolitischen Gesetze nützen wenig, wenn die Arbeiter nicht selbst durch Organisationen ihre Durchführung überwachen und erzwingen können. Wenn der international vereinbarte Arbeiterschutz eine gewisse Einheitlichkeit der Produktionsbedingungen in allen Ländern herbeiführen soll, dann muß das Koalitionsrecht der Arbeiter in erster Linie von allen Ländern anerkannt und durchgeführt werden. Bisher ist das noch nicht der Fall. Während den Arbeitern in einem Teile der kriegführenden Länder der Weg zur Führung ihrer Sache offen ist, laufen sie in anderen Ländern noch unter dem harten Druck autoritärer Willkür. Diese zu beseitigen, ist nicht nur eine moralische Verpflichtung der Regierungen beim Friedensschluß, sondern es ist auch die Voraussetzung für die Verantwortlichkeit des Arbeiterschutzes, den unser Antrag im Friedensvertrag festlegen will.

Die wenigen neutralen Staaten, die dem Kriege fernblieben konnten und daher am Friedensvertrage nicht beteiligt sein werden, müssen angehalten werden, dem sozialpolitischen Teil des Vertrages beizutreten. Sie werden sich dieser Pflicht um so weniger entziehen können, als die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Volksschichten dieser Länder selbst auf deren Anerkennung dringen werden. Aber es wird zweckmäßig sein, sie zu den Verhandlungen über diesen Punkt heranzuziehen, um gleich beim Friedensschlusse die internationale Vereinigung der Staaten für gesetzlichen Arbeiterschutz auf die breitere Grundlage zu stellen. Unsere Forderungen werden somit zum Prinzip für alle Regierungen hinsichtlich ihrer sozialpolitischen Gestaltung und Absichten. Große Worte hat die Welt von den Regierungen vieler Staaten gehört, Worte von der „Freiheit der Völker“. Bei den Worten darf es nicht bleiben. Taten wollen wir sehen.

Das zweite Schriftstück ist eine Rundgebung des Genossen Legien in seiner Eigenschaft als Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu dem als drittes Schriftstück folgenden Rundschreiben der Pariser provisorischen Korrespondenzzentrale, das die „Arbeiterklauseln“ enthält. Legien hält einen Teil von diesen für nicht durchführbar, einen anderen Teil für nicht weitgehend genug. Da wir die Pariser Arbeiterklauseln aus Mangel an Raum hier nicht behandeln können, so müssen wir auch Legiens Meinungen übergehen. Man muß sich natürlich hüten, sowohl von der internationalen Gewerkschaftskonferenz wie von der internationalen Sozialistenkonferenz Dinge zu erwarten, die sie nach Lage der Sachen nicht zu leisten vermögen. Die Hauptsache ist, daß die durch den Krieg getrennten Geister einander wieder nähergerückt werden. Vielleicht findet sich dann auch Gelegenheit zu ruhiger Aussprache, wodurch manches Mißverständnis aufklärt werden kann. Notwendig ist vor allen Dingen, daß der da und dort noch vorhandene Haß von Kriegseifer in der Arbeiterbewegung verdrängt wird. Länder, die nicht gekämpft haben, sind der Arbeiterbewegung verdrängter. Die große Masse der organisierten Arbeiter aller Länder — wir sind überzeugt, auch Großbritannien und Amerika — steht dem Frieden herbei. Gelingt es, die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft der kriegführenden Länder zu einigen, so darf man hoffen, daß dies auf die anderen Bevölkerungsklassen ausstrahlt und, wenn es sein muß, auch erweichend wirken wird.

erscheint, daß in anderen Bezirken ein günstigeres Ergebnis erzielt worden ist. Es wird ungünstiger sein.
Nicht eine Mark in der Woche hat gespart werden können! Nicht etwa von jedem unter die Sparzwangsklasse fallenden Jugendlichen, nur von denen, deren Verdienst die Grenze des Sparzwanges erreicht.
Sein Mißerfolg ist damit dargetan. Er ist — es war vorausgesehen — ein Schlag ins Wasser gewesen.

Die Entlohnung der Reklamierten.

Das Kriegsamt macht durch Mundschreiben bekannt:
„Es werden immer wieder Fälle bekannt, in denen Reklamierter bei gleichen Leistungen schlechter entlohnt werden als Hilfsdienstpflichtige oder Kriegsverpflichtete. Das Departement weist demgegenüber darauf hin, daß Reklamierter freie Arbeiter sind, und daß die Entlohnung der Reklamierter unter keinen Umständen den Entlohnungen der Hilfsdienstpflichtigen unterliegen darf, sondern, von dem üblichen abweichende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.“
Offensichtlich achtet das Kriegsamt auch auf die strenge Durchführung dieser durchaus zu billigen Grundsätze.

Für die Erhöhung der Einkommensgrenze in der Krankenversicherung

Von 2500 auf 3000 M tritt eine Eingabe der Gesellschaft für Soziale Reform ein, der sich fast sämtliche Angestelltenverbände angeschlossen haben. Sollte der Bundesrat diese Erhöhung ablehnen, so wird, angeregt, Kriegszulagen hinsichtlich der Krankenversicherungsschutz nicht anzuerkennen; ferner durch die Einkommensgrenze überschritten wird. Begründet wird die Eingabe mit dem Hinweis auf die Gefahr, daß die aus der Krankenversicherung Ausgeschiedenen infolge der Lebensverhältnisse außerstande wären, bei Erkrankungen ärztliche Pflege aus eigenen Mitteln in Anspruch zu nehmen. Die Eingabe wird von einer Reihe Gelehrter, Unternehmer usw. unterstützt.

Von der Organisation der Volkshilfe.

Von den bisher durch die Gewerkschaftsämter und Konsumvereine der einzelnen Orte eingereichten 531 Rechnungsbüchern sind noch 373 in regelmäßiger Tätigkeit. Es wurden seit Ausbruch des Krieges 582 Rechnungsbücher eingerichtet, davon seit dem 1. Januar 1916 allein 136, wodurch naturgemäß mancherlei Schwierigkeiten entstanden. Durch Zusammenlegen mehrerer Rechnungsbücher und Angliederung weiterer an größere Rechnungsbücher ist die Zahl der selbständigen tätigen Rechnungsbücher auf 373 herabgemindert worden. Von diesen werden 22 von Frauen verwaltet, und in einer weiteren Anzahl werden die buchhalterischen Arbeiten von weiblichen Kräften ausgeführt. Es ist ein ehrenvolles Zeugnis für die Arbeiter und die Frauen, wenn der Vorstand der Volkshilfe rühmend hervorheben kann, daß sich die Rechnungsbücherführerinnen gut eingerichtet haben und daß die Erhebung der Gelder durch sie fast nichts zu wünschen übrig lasse, wie auch die neu gewonnenen Rechnungsbücher fast durchweg ihrer Aufgabe gewachsen sind.

Die vierte Generalversammlung der Volkshilfe

findet am Dienstag, dem 26. Juni 1917, im Sitzungssaal der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg statt. — Die Verabreichung ist in der Lage, für das dritte Kriegsjahr 1916 über ein sehr günstiges Ergebnis berichten zu können, da sich bei der Steigerung des Beschäftigtenbestandes auf 191.736 in Kraft befindliche Personen nach reichlichen Zuteilungen an die Arbeiter nach ein Ueberschuß von 217.421 M. ergab. Die nach den verschiedenen Klassen vertheilte Summe beträgt 23.468.029 M., davon bei den 123.715 Kapitalvertheilungen allein 26.362.841 M. Dem Organisationsfonds ist auch im Jahre 1916 nichts entnommen worden.

Wachsmittel für Schwerarbeiter.

Es erfahren:
Als mit Beginn dieses Jahres sich eine zunehmende Knappheit an Seife geltend machte, hat in der hiesigen Industriebezirk stellenweise ein Mangel an Seife und Wachsmitteln auf, zu dessen Beseitigung die Regierung im gesundheitlichen Interesse der Arbeiterbevölkerung die erforderlichen Schritte einleitete. In erster Linie war es notwendig, für die Vergarbeiter die Seifenmengen zu beschaffen, die ihnen als Zuschussmengen über die normale Ration hinaus zufließen. Auf Veranlassung der Regierung hat der Kriegsausschuß für Seife und Fett aus der laufenden Produktion der Seifenfabriken zugleich die erforderlichen Mengen Seife und Seifenpulver geliefert und überweist sie bereits seit Anfang dieses Jahres laufend den Seifenverwaltungen zur Verteilung an die Vergarbeiter. Besonderen Wünschen größerer bergbaulicher Verbände wurde bei dieser Zuteilung möglichst Rechnung getragen. Neben der Versorgung der Vergarbeiter erwies es sich aber auch als erforderlich, den in den sonstigen Industriebetrieben beschäftigten Schwer- und Schwerstarbenden die Möglichkeit einer ausgiebigeren Reinigung zu verschaffen.

In erster Linie handelt es sich auch hier um die mit der Kohlenbewegung beschäftigten Arbeiter, ferner um Feuerarbeiter, Reijelpersonal und um Arbeiter, die in Giftbetrieben in ständiger Berührung mit Giftstoffen sind. Ein besonderes Bedürfnis stellte sich auch in den mit Metallbearbeitung beschäftigten Betrieben heraus, wo die Arbeiter demnach mit Erschwerung in Berührung kommen. Die chemische Beschaffenheit dieser Seife bedingt die empfindliche Haut leicht Verletzungen und bei längerer Dauer der Einwirkung Entzündungen der Haut. Auch hier mußte die Möglichkeit geschaffen werden, durch Verteilung von Zuschussmengen Abhilfe zu schaffen. Der Kriegsausschuß für Seife und Fett ist bereits im Januar mit den zuständigen Verwaltungen über die Verteilung dieser Seifenmengen in Verbindung getreten und hat sie zur Sammlung eines umfangreichen statistischen Materials über die Versorgung der Arbeiter veranlaßt. Bei diesen Ermittlungen wurden die Verwaltungen durch sorgfältige Prüfung der Anträge von den zuständigen Kriegsausschüssen und den Gewerkschaften unterstützt. Auf diese Weise ist es bis jetzt gelungen, in den meisten Verwaltungen des Deutschen Reiches eine geregelte Versorgung der Schwer- und Schwerstarbenden, bei denen ein besonderes Reinigungsbedürfnis vorliegt, zu bewerkstelligen.

Die vom Kriegsausschuß für Seife und Fett den einzelnen Verwaltungen zugewiesenen Seifenmengen werden durch Verteilung einzelner Verteilungsstellen den Kommunalverbänden zugeführt, die die Seife an die einzelnen Fabrikbetriebe weiterleiten. Mit Rücksicht auf die Knappheit der Seife und Seifenpulver wurden, soweit der Bedarf durch weitere Zuschüsse erreicht werden konnte, ausreichende Mengen von seifenlosen Reinigungsmitteln und Seife beschafft. Der Kriegsausschuß für Seife und Fett hat die erforderlichen Mengen von Seifenpulver, seifenlosen Reinigungsmitteln und Seife, für den Bedarf der Arbeiterbevölkerung an mehreren Monaten gesichert, so daß die in Angriff genommene Versorgung der Arbeiterbevölkerung mit Reinigungsmitteln fast vollständig in geregelter Weise erfolgen wird.

Die Entlohnung von Pächtern.

Die im Reichsbezirk hiesigen Pächter erhalten große Mengen Öl, dessen Verteilung unbedingt nötig ist. In vielen Betrieben sind hierfür besondere Einrichtungen vorhanden, die aus einer Zentralfuge und einer Pächterkammer bestehen. Kleine Betriebe lassen die gewöhnlichen Pächter durch besondere Zentralfugen versorgen. Eine so beschaffene Pächterkammer ist von großer Bedeutung für die Schmiermittellieferung. Es kommt z. B. in einem Betrieb in fünf Monaten ein gewöhnlicher Pächter 1600 Liter Öl zu. Ein gewöhnlicher Pächter erhält aus dem Pächterkammer 15 v. H. ihres gesamten Ölverbrauches aus dem Pächterkammer. Das Öl wird der Pächterkammer fast alle. Zum vollen Entgelte ist die Verteilung der Arbeiter erforderlich; je weniger davon jenseits, daß gewöhnliche Pächter auf einen Fall verbannt werden oder auf andere Weise verloren gehen. Ferner müssen möglichst die für die verschiedenen Ölfässer benötigten Pächter gesammelt werden und getrennt aufbewahrt werden, damit die verschiedenen Ölfässer getrennt wiederverwendet werden können.

Aufbewahren der Pächter bis zur Reinigung sind die Pächter erforderlich, damit ablaufendes Öl nicht verloren geht; vorteilhaft sind eiserne Behälter mit dichten Deckeln, da gebrauchte Pächter unter Umständen zur Selbstentzündung neigen. Für Hebung der Schmiermittellieferung sollte jeder Arbeiter nach diesen Gesichtspunkten mitarbeiten, um den Erfolg solcher Einrichtungen zu gewährleisten. (S. R. 6.)

Vom Ausland

Finnland.

Järnarbetaren, das Wochenblatt des Schwedischen Metallarbeiterverbandes, ist in seiner Nr. 19 in der Lage, einige Mitteilungen über die Organisation der Metallarbeiter in Finnland zu geben. Zu Anfang des März, also noch vor Ausbruch der russischen Revolution, erhielt es die Nachricht, daß die Mitgliederzahl seit Anfang des Jahres 1916 von 3578 auf 5022 gestiegen sei. Während derselben Zeit stieg die Zahl der Mitglieder schwedischer Sprache von etwa 300 auf etwa 1000. Die Zahl der örtlichen Abteilungen betrug am Ende des vorigen Jahres (mit Einrechnung der Abteilungen des finnischen Blecharbeiter- und Kesselschmiedeverbandes) 116. Davon waren 12 im verflochtenen Jahre gebildet worden. Diese ungewöhnliche Steigerung der Mitgliederzahl ist dem durch den Krieg verursachten lebhaften Geschäftsgang zuzuschreiben, sowie ferner dem Gefühl der Unsicherheit darüber, was geschehen wird, wenn der gegenwärtige außergewöhnliche Zustand aufhören wird. Das mag manchen finnischen Metallarbeiter dazu bewogen haben, sich für kommende schwere Zeiten nach einem Rückhalt umzusehen. Auch haben unsere finnischen Kollegen trotz aller Ausnahmestände eine umfassende Auffklärungsarbeit betrieben. Zu diesem Zwecke hat der Verband in Helsinki, Åbo, Wiborg und Wasa Bezirksleiter angestellt. Für die Mitglieder wurden Lichtbildervorträge über Arbeiterrecht und Unterrichtsstunden eingerichtet. Ferner wurden Lohnbewegungen infolge des Ausnahmestandes nicht vorgenommen, jedoch hat die Leitung den Verband veranlaßt, in einzelnen Abteilungen und Arbeitergruppen mit allen Mitteln Lohnerhöhungen anzufordern, jedoch konnte der Verband selber zu diesem Zweck nichts unternehmen. Immerhin wurden doch Versuche dazu gemacht, die auch teilweise nicht ohne Erfolg geblieben sind. Vorläufig waren die Löhne für einen Teil der gelernten Arbeiter, zum Beispiel für Dreher und Werkzeugmacher trotz der großen Preissteigerung für Lebensmittel einigermaßen zufriedenstellend. Besonders hervorzuheben ist der im letzten Jahre erfolgte Beschluß des finnischen Blech- und Kesselschmiedearbeiterverbandes zur Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband, der am 1. Januar 1917 erfolgte. Da sich die Gewerkschaften der Formier, der Dreher, der Roharbeiter und der Elektriker bereits früher angeschlossen haben, hat nunmehr die letzte finnische Sondergewerkschaft im Metallgewerbe zu bestehen aufgehört.

Die Staatsumwälzung gab dem finnischen Metallarbeiter-Verband große Bewegungsfreiheit. Zunächst wurden Vertreter der Abteilungen in Helsinki und 15 anderen Städten zusammenberufen, um über ein gemeinsames Vorgehen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beraten. Schon einige Tage vorher hatte der Verbandsvorstand zu demselben Zwecke den Unternehmerverband um Verhandlungen ersucht. Dieser erteilte eine abweisende Antwort und berief sich auf seinen Beschluß von 1909, wonach er sich auf keinen gemeinsamen Vertrag einlassen wolle. Die Zusammenkunft der Verbandvertreter beschloß, sämtlichen Metallarbeitern die Forderung der 47stündigen Arbeitswoche zu unterbreiten. Ferner sollten die Löhne soweit erhöht werden, daß das Einkommen der Arbeiter sich durch die Arbeitszeitverkürzung nicht vermindert. Weitere Forderungen bezogen sich auf Anfang und Ende der Arbeitszeit, Essenspausen usw. Bei den Unternehmern, die die Forderungen ablehnten, sollte die Arbeit eingestellt werden. Eine Woche später konnte der Verbandsvorstand den Mitgliedern mitteilen, daß eine Einigung mit dem Unternehmerverbande erfolgt sei. Dieser hatte die Forderungen im großen und ganzen bewilligt. Weitere Zugeständnisse erfolgten bei den Lohnaufschlägen für Überarbeit. Ferner erklärte der Unternehmerverband sich bereit, innerhalb zweier Monate einen Vertrag abzuschließen. Diese vorläufigen Abmachungen erstreckten sich auf 35 Betriebe, in denen jedoch etwa 70 v. H. der finnischen Metallarbeiter beschäftigt sind.

Die Mitgliederzahl des Verbandes hat infolge der erzielten Verbesserungen schon 16.000 überschritten.

Frankreich.

wd. Ueber die Arbeiterinnenfrage in der französischen Metallindustrie, die sich zu Anfang dieses Jahres zu umfangreichen Arbeitseinstellungen in der französischen Kriegsindustrie entzündeten, und deren Beilegung erst nach langwierigen Verhandlungen möglich war, wird erst jetzt aus der französischen Presse die Stellungnahme der Konföderation dazu bekannt. Die Arbeiterinnen erreichten damals garantierte Grundlöhne, die einigermaßen in angemessenem Verhältnis zu den gesteigerten Lebensmittelpreisen standen. Diese Grundlöhne wurden durch Veranlassung des Munitionsmünitionismus in den Betrieben öffentlich angeschlagen. Obgleich seit diesem Streik nun schon einige Monate vergangen sind, ist es noch jetzt wichtig genug, den Aufsat wiederzugeben, den damals die Zentrale der französischen Gewerkschaften, die Konföderation der Arbeit, zu diesem Streik veröffentlichte. Er lautet in wörtlicher Uebersetzung folgendermaßen:

„Das Konföderationskomitee protestiert gegen alle irreführenden und unangenehmen Gerüchte in Bezug auf die Arbeiterinnenfrage und erklärt, daß die Ursache dieser Streiks in folgendem besteht: 1. In der Unklarheit und Zweideutigkeit der Grundlagen für die Löhne in den verschiedenen metallurgischen Fabriken; 2. in dem fehlenden Gleichgewicht zwischen Lohn und Lebensunterhalt; 3. in den mit den allerniedrigsten Regeln der Hygiene, des Anstandes und der persönlichen Sicherheit, oft im Gegensatz stehenden Arbeitsbedingungen. Das Konföderationskomitee anerkennt den ersten Schritt auf dem Wege zur Einführung von nach Vernein gegliederten und nach Beginn geltenden gleichmäßigen Grundlöhnen. Es fordert die Annahme des Grundsatzes, daß der Minimallohn den Kosten des Lebensunterhalts entsprechen muß für alle in der Kriegsindustrie arbeitenden Frauen und für ganz Frankreich. Es spricht sich gegen das Verbot, das, das da antreibt, daß jede Veranlassung der Beilegung ein Einverständnis der Arbeiter gezögert Löhne nach sich zieht. Am 1. Juli 1917 als „nationaler Eigentum“ müssen alle Arbeiterinnen. Das darf nicht das ausschließliche Vorrecht von Männern sein. Das Komitee betont, weil in der Wirtschaftswirtschaft, die obligatorischen Schiedsgerichte, die noch durch einseitigen Zwang verhängt werden. Die Requirierung kann nur eine allgemeine Maßnahme sein, die sich auf die gesamten Sachen und Personen der ganzen Nation erstreckt. Allein die Frauen des Volkes zur Zwangsarbeit heranziehen ist gegen den Grundgedanken der Gleichheit der Frauen bei den Waffen der gegenwärtigen Zeit. Gegen diese einschränkende Maßnahme, die die Rechte der Arbeiterinnen berührt, stellt das Komitee den Grundgedanken der Organisierung der gemeinsamen Beziehungen und der vorübergehenden Anpassung auf. Da diese Organisierung etwas Bedingtes sein muß, fordert es die Anwendung nach folgenden Grundsätzen: 1. Jeder für das Raffen- und Munitionsmünitionismus arbeitenden Fabrik hat Arbeiterdelegierte zu wählen. Diese Delegierten werden außerhalb des Betriebes gewählt von den Arbeitern und Arbeiterinnen gewählt, und zwar für jeden Betrieb ein Delegierter. Die Delegierten werden von der Konföderation sowie von der Konföderation der Munitionsmünitionismus anerkannt. Sie kontrollieren die Durchführung der von Arbeiterinnen und Arbeiterinnen erlassenen Arbeitsbedingungen und Löhne, sowie alle nachstehenden Maßnahmen, und sie sind befugt, allgemeine sowie Einzelentscheidungen zu treffen und nachzugehen zu beschließen. Die Delegierten erhalten die notwendige Sicherheit zur Ausübung ihres Auftrages.“

Ob und in welchem Umfang diese Vorschläge der französischen Gewerkschaften wirklich Anwendung gefunden haben, geht aus den vorliegenden Mitteilungen der französischen Gewerkschaftspresse nicht hervor. Der Aufsatz bestätigt aber, daß auch die Arbeiterinnen der Zwangsarbeit unterliegen. Dadurch wird die Feinheit in der Presse verbreitete Mitteilung von der Verurteilung von Arbeiterinnen zu Gefängnisstrafen wegen Arbeitsverweigerung erklärt.

Großbritannien.

Rückwärts ausgewiesener Arbeiterführer. Reuters Büro meldete am 29. Mai, daß beschloffen worden sei, den Arbeiterführern, die zur Zeit des Maschinenbauer- und Schiffbauersstreikes am Clyde im März 1916 ausgewiesen wurden, die Rückkehr zu erlauben.

Die Militarisierung Englands. Ein sehr wichtiger Gesetzentwurf wurde im April von der englischen Regierung im Parlament eingebracht. Der Gesetzentwurf betrifft eine Veränderung des Munitionsgesetzes und hat den Zweck auch in privaten Fabriken, die ausschließlich mit Zivilarbeit beschäftigt sind, die gewerkschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, Regeln und Rechte aufzuheben. Auf Grund des im Juni 1915 angenommenen Munitionsgesetzes wurden nur die für Kriegsbedarf mittelbar oder unmittelbar arbeitenden Betriebe unter Staatszwang gestellt und den dort beschäftigten Arbeitern die Gewerkschaftsrechte und Freiheiten entzogen. Nunmehr sollen auch private Betriebe, die ausschließlich für Zivilzwecke arbeiten, den Bestimmungen des Munitionsgesetzes unterworfen werden. Die wichtigste ist folgende: „Der Munitionsmünition wird ermächtigt, die Bestimmungen des Munitionsgesetzes auf irgend eine Art von Arbeit anzuwenden, die er für national wichtig erachtet.“

Die zweite Lesung wurde am 27. April nach kurzer Besprechung mit 100 gegen 10 Stimmen angenommen und der Gesetzentwurf in Kommissionsberatung geschickt.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(B. a. G. Hamburg.)

Abrechnung über den Unterstiftungs- und Agitationsfonds vom 1. März bis 30. April 1917.

Einnahmen:

Von Albenrade 12 M. Nitz 14,80. Nittenhof 6,70. Tinnen 67. Audorf 20. Rue 60. Augsburg 200. Baumschulweg 33,50. Berge 19,70. Berlin I 50. Berlin IV 35. Berlin V 100. Berlin VI 175. Berlin VII 200. Berlin IX 100. Berlin X 60. Berlin XII 100. Berlin XIII 60. Böhndorf 20. Brandenburg a. H. 45. Braunschweig 17,40. Buchholz 10. Hildesheim 50. Wiberich 17,60. Wunrau 20. Charlottenburg 80. Köln-Glad 14. Köln-Deich 1 7,30. Köln-Sumboldt 8,80. Köln-Rail 13. Cöpenich 13,60. Crefeld 30. Delbrück 5. Dessau 20. Dinslaken 40. Dortmund I 21. Dortmund II 15. Dresden-Rauhlitz 59,80. Düren 60. Düsseldorf 100. Düsseldorf-Dorndorf 250. Düsseldorf-Flügel 100. Düsseldorf-Spessart 37,70. Düsseldorf-Oberfahl 50. Düsseldorf-Rath 111,50. Duisburg-Saar 70. Duisburg-Weidrich 145. Duisburg-Weidrich II 160. Duisburg-Hulbrort 50. Durlach 30. Eberstadt 80. Eßlingen 10,70. Flensburg 40. Frankfurt a. M. 19,80. Friedrichshagen 20. Friedrichsort 69,10. Fürth 16,80. Geisweid 29,70. Gelsenkirchen-Schafte 17,40. Göttingen 36. Grünau-Bohnndorf 36,50. Gummersbach 40. Hamburg, Unbekannt 340. Happe II 20. Hapethal 20. Hattungen 37,60. Hemer 11,90. Hiesfeld 20,80. Höchst a. M. 20. Jena 13. Jümmel 19,80. Kaiserlautern 100. Karlsruhe 30. Kiel 300. Königsberg 7,90. Kray 20. Lampertheim 10. Leipzig-Ost 60. Leipzig-West 10. Lützenberg I 50. Lützenberg II 50. Magdeburg 55. Magdeburg-Sudenburg 26,20. Mülheim a. Rh. 20. Mühlheim-Grumbach 5. Münden 200. Neufölln 250. Neufalz 16. Nemp 100. Niederschöneweide 70. Oberhausen I 19. Oberhausen 5. Offenbach i. B. 10. Ohligs 35,90. Oßersleben 10. Osnabrück 60. Osterdorf 8. Pantom 60. Ratingen 10. Remscheid I 140. Rheinau 40. Rheinböllen 10. Rixdorf 16. Rottburg a. N. 20. Rottburg 30. Rüstingen 50. Saarbrücken II 80. Saarbrücken III 10. Salzgendorf 30. Schöneberg 200. Siegen I 20. Siegen II 20. Solingen III 59,60. Spandau 100. Speyer 20. Spreewald 10. Steglitz 31,10. Tegel 100. Tempelhof 60. Tiefenbach 10. Troisdorf 24. Unterföhen 20. Weiskirchen 10. Waldbüttelbrunn 10. Warstein 12,60. Wasseralfingen 10. Weisenau 40. Weiler 19,80. Wilmfel, Spremberg 1. Wolf in Sinnerdorf 30. S. Verschiedene 20. S. Zuschuß aus der Hauptkasse 5000. Zusammen 11.607,10 M.

Ausgaben:

In die ausgesteuerten Mitglieder Hermann Geller, Dessau 50. Theodor Berger, Delbrück 40. Gustav Rühl, Magdeburg-Farmersleben 50. Georg Schill, Zell 50. Karl Kleiber, Durlach 50. Ernst Rauh, Konstantz 50. Rich. Müller, Leipzig-Deusch 50. Paul Schmidt, Köln-Ehrenfeld 50. Hermann Essing, Essen IV 40. Jakob Frei, Göttingen 45. In die Hinterbliebenen von 108 im Felde gefallenen Mitgliedern 5490. Porto und Postgebühren 27,05. Porto, Dresdener Bank 0,55. Verwaltungskosten 27. Jahrgeld für die Revisoren 0,40. Zusammen 6020 M.

| Abchluß: | | |
|-------------------------------|--------------|--|
| Einnahmen | 11.607,10 M. | |
| Ausgaben | 6020,00 | |
| Mehreinnahmen | 5.587,10 M. | |
| Raffenbestand am 1. März 1917 | 6511,69 | |
| 30. April 1917 | 12.098,79 | |

Berlin, 18. Mai 1917. Paul Deutschmann.
Geprüft und für richtig befunden.
Die Revisoren: W. Graeber. Jul. Schindler.

Eingegangene Schriften

Der Geschäftsausschuß nebst Anleitung zur einfachen gewerblichen Buchführung unter Berücksichtigung des Wechsel- und Postfachverkehrs. Die Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Ausgabe A. Ein Hilfsbuch für Schüler in Volks-, Bürger- und Fortbildungsschulen. Bearbeitet und herausgegeben von A. Gentschel, Schulinspektor. Zwanzigste, verbesserte Auflage. Leipzig, E. Peters Verlag, 1917. 60 Seiten. Preis 40 S. — Als Geschäftsausschuß bezeichnet der Verfasser alle möglichen Schriftstücke, die im täglichen Leben vorkommen, zum Beispiel Rechnungen, Quittungen, Frachtbriefe, Zeugnisse, Bescheinigungen und Verträge aller Art, Protokolle usw. Von allen diesen Schriftstücken enthält sein Buch gut ausgewählte Muster, ferner von den gebräuchlichsten Geschäftsbriefen, Briefen und Eingaben an Behörden. Das Buch eignet sich nicht nur für Schüler, sondern auch dem erwachsenen Arbeiter oder Geschäftsbetreibenden wird es in manchen Fällen wertvolle Hilfe leisten. Wir empfehlen es darum gerne, auch seines billigen Preises wegen.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.
(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)
Dienstag, 12. Juni:
Bitterberge-Stadt, Auguststr. 35, 8/9.
Samstag, 16. Juni:
Apolda. Vorwärts, halb 9 Uhr.
Bamberg. Deutsches Haus, halb 9.
Sonntag, 17. Juni:
Reg.-Komitee, 21. Sincenz-Str. 19, 3.
Geförben.
Leipzig. Franz Prior, Schläfer, 49 Jahre, Rippenfellentzündung.
Leipzig. Wilhelm Adam, Formier, 55 Jahre, Lungenerkrankung.
— Alfred Pir, Schloffer, 33 Jahre, Lungenerkrankung.
— Albert Bauer, Fobler, 52 Jahre, Lungenerkrankung.
Leipzig. Alois Gecior, Maschinenarbeiter, 39 Jahre, Lungenentzündung.
Rohawes-Potsdam-St. (Hamburg) 137.
— Max Müller (138).
— Karl Riehm (139).
— Walter Jahn (140).
— Max Hinge (141).
— Hermann Eedorf (142).
— Frau Haring (143).
— Willi Janzen (144).
Grafelbe. A. E. Robert Bert, 70 Jahre, Schlaganfall.
Druck und Verlag von Alexander Schilde & Co., Buchdruckern und Verleg. Stuttgart, Königsplatz 1/2 B.